

Bericht Workshop “Rebellische Städte – Migration von unten und Solidarity Cities”

Von Janika Kuge

Im Workshop wurde ein Konzept vorgestellt, das weltweit große Erfolge für die Lebensqualität von Geflüchteten, PoC und Illegalisierten verzeichnen kann: Solidarity Cities existieren in den USA, in Kanada, Italien, Spanien und Chile. Auch in Deutschland, Großbritannien und der Schweiz treten Gruppen für mehr Solidarität in den Städten ein und fordern die Lokalpolitik zum Handeln auf. Insgesamt gibt es weit über 600 Städte und Gemeinden, in denen die de facto Einwohner_innen unabhängig von ihrem Rechts- und Migrationsstatus Zugang zu städtischen Versorgungsdienstleistungen erhalten und nahezu gleichwertig am städtischen Leben teilnehmen können. Der Wandel kommt hier jeweils von unten: Zivilgesellschaft und Lokalregierung haben Resolutionen, Verordnungen und Aktionen angestrengt und umgesetzt, die einen emanzipatorischen Umgang mit Migration aufzeigen. Neben bereits realisierten Zugängen kämpfen in vielen deutschen und schweizer Städten zivilgesellschaftliche Gruppen für ein solidarisches Stadtkonzept nach dem Vorbild US-amerikanischer und kanadischer Gemeinden. Die Mittel hierbei sind vielfältig, ob nun Bürger_innen-Asyl, Abschiebestopp, alternative städtische Ausweisdokumente, Beratungsstellen für Papierlose, oder anonyme Krankenscheine zum Ziel gesetzt werden, hängt stark von den jeweiligen lokalen Gruppen ab. Gemeinsam haben die Kämpfe jedoch, dass Aktivismus und Lokalpolitik an einem Strang ziehen, um eine städtische Gesellschaft zu realisieren, die Migration als Chance und nicht als Bedrohung wahrnimmt. Qualitative und quantitative Studien aus den USA haben gezeigt, dass Ausschluss von Personen, z.B. aus Gesundheitsversorgung, Zugang zu Sozialdienstleistungen, oder dem Arbeitsmarkt, keine Lösung, sondern ein Problem sind. Im Umkehrschluss hat das Gewähren von Rechten und Dienstleistungen für alle sehr positive Effekte auf die städtische Sicherheit, eine sinkende Kriminalitätsrate und ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen. Im Anschluss an den Vortrag wurden mögliche Interventionen und Aktionen diskutiert, die die Zugänglichkeit von städtischen Infrastrukturen und gesellschaftliche Teilhabe für Migrant_innen verbessern könnten. Kreative Lösungen, Lobbyarbeit für Migrant_innen im Gemeinderat, Bündelung und Professionalisierung von migrations-solidarischen Gruppen, aber auch die Politisierung ehrenamtlicher Arbeit wurden als Vorschläge eingebracht. Insgesamt war der Workshop mit 20 Teilnehmer_innen gut besucht. Weitere Informationen zum Konzept, Handlungsvorschläge und Studien sind zu finden unter www.solidarity-cities.eu

Stadt als gemeinsamer Erfahrungsraum



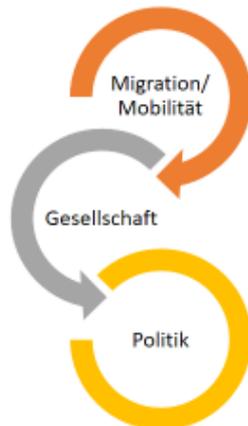
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pedestrian_Zone_MfN3980chen.JPG

Solidarische Möglichkeiten:

- Umsetzung bereits bestehender Gesetze (Gemeindeordnung § 1, Aufenthaltsgesetz §23, Potsdamer Erklärung der Städte, etc.)
- Ziviles Engagement fördern und unterstützen
- Rapid-Response-Hotline (z.B. Rechtshilfe)
- Bürger-/Theater-/Bibliotheks-/Rathausasyl
- Kooperation zwischen Gemeinde(rat) und zivilen Gruppen fördern
- Info-Zentren/Willkommenszentren einrichten
- Suchen von Alliierten, Bündeln von Gruppen und Kompetenzen
- Anfertigen von Info-Broschüren
- Alternatives Ausweisdokument „City Card“
-



Solidarity Cities: Der Wandel kommt „von unten“



Den Tatsachen ins Auge blicken:

- Migration/Mobilität ist sozial-politische Tatsache
- Gesellschaft wandelt sich
- **Politik muss sich auch wandeln**

=> Migration ist Chance und keine Bedrohung